



Schwäbisch Gmünd, 05.10.2009  
Gemeinderatsdrucksache Nr. 229/2009/2

Vorlage an

**Gemeinderat**

zur Beschlussfassung  
- öffentlich -

**Landesgartenschau 2014**

**Beschlussantrag:**

Der Gemeinderat stimmt der Weiterentwicklung der Vorentwurfsplanung für die Landesgartenschau 2014 auf Basis der Vorlage 229/2009 zu.

**Sachverhalt und Antragsbegründung:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die am 12. November 2008 beschlossene Vorentwurfsplanung, ergänzt um den auf dieser Grundlage entwickelten, aktuellen Planungsstand (Einhornbau mit Teilerhaltungsmöglichkeit für Post, Bahnhofs-Boulevard / siehe Vorlage 229/2009) zur Entwurfsplanung für die Landesgartenschau Schwäbisch Gmünd 2014 weiterzuentwickeln, insbesondere unter Berücksichtigung

- eines offenen und integrativen Dialogs mit den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt,
- der Weiterentwicklung des Investorenwettbewerbs,
- einer optimierten Verkehrsführung (Boulevard)

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 12. November 2008 der Vorentwurfsplanung für die Landesgartenschau 2014 sowie den Vorentwurfsplanungen im Grundsatz



zugestimmt und die Verwaltung beauftragt, auf dieser Grundlage die entsprechende Entwurfsplanung zu entwickeln.

Zwischenzeitlich hat die bürgerschaftliche Projektgruppe „Alternative Verkehrsführung“ der Herren Prof. Dr. Kuhnert, Schmitt, Rieg und Peter einen verkehrlichen Lösungsansatz vorgestellt, der wesentliche Anregungen zur Verbesserung der verkehrlichen Aspekte geben konnte. Diese wurden in den weiter entwickelten Lösungsansatz des „Boulevard“ integriert. Nur die Unterführung des Geländes für Fahrzeuge wurde nicht übernommen, da sie erhebliche Konsequenzen für den Städtebau aber auch für den Projektablauf hätte.

Da es sich in Teilen um eine grundsätzlich andere Lösung handelt, die als Alternative zum Boulevard in der Öffentlichkeit breit diskutiert wird, sollte diese Planung mit zur Entscheidung gestellt werden, um die ausgewählte Lösung zweifelsfrei demokratisch zu legitimieren und sich dann ganz auf diese konzentrieren zu können.

Die Stadtverwaltung hat die Vorentwurfsplanung im Sinne des Beschlusses vom 12. November 2008, unter Einbeziehung der ergänzenden Anträge der Fraktionen und Vorschlägen der Gruppe „Alternative Verkehrsführung“, weiterentwickelt; sie hat den aktuellen Planungsstand in der Gemeinderatsvorlage 229/2009 dargestellt, die am 23. September 2009 im Gemeinderat vorberaten wurde.

Der ÖPNV hat sich in der Zwischenzeit ebenfalls für die Boulevardlösung ausgesprochen und gebeten, z.B. die Variante Boulevard möglichst ohne Linksabbiegerspur weiterzuentwickeln.

Auch die Polizei sieht in der Boulevardlösung einen Ansatz, in dem die Belange von Fußgängern und Radfahrern gesichert sind.

Die Landesgartenschau 2014 ist mit dem B 29-Tunnel das wichtigste Zukunftsprojekt der Stadt Schwäbisch Gmünd. In Kürze kann ein weiterer Schritt zur Realisierung der Landesgartenschau in Schwäbisch Gmünd gemacht werden. Dieser Schritt ist wichtig, weil wir damit den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt zeigen, dass es uns ernst ist, dass wir nicht nur über die Gartenschau diskutieren und reden, sondern auch handlungsfähig sind. Gemeinsam sollten wir jetzt diesen Schritt gehen, damit dieses, für uns so wichtige Projekt, weiter voranschreitet.

**Sollte die alternative Verkehrsführung zum Zuge kommen, hätte dies nicht unerhebliche Auswirkungen auf den Projektablauf wie folgt:**

a) Landesgartenschau

Für den Bereich Gamundia der **Landesgartenschau** ist in der Ausschreibung eine verbindliche **Fertigstellung Ende 2013** vorgegeben. Diese Vorgabe ist im Hinblick auf die Gesamtabwicklung der Landesgartenschau weiterhin zwingend. Die inhaltlichen Veränderungen der Planung mit einer Unterführung des Geländes wären mit dem Land Baden-Württemberg und der Förderungsgesellschaft Baden-Württembergischer Landesgartenschauen neu abzustimmen und zu vereinbaren; dabei wird es nicht einfach sein,



mit dem verbleibenden Gelände eine überzeugende Landesgartenschau einzurichten. Deshalb ist die Zustimmung der Landesgartenschauengesellschaft nicht sicher.

b) Investorenwettbewerb

Für die Weiterentwicklung der bisherigen im Vorentwurf festgehaltenen Pläne und die Aufnahme der neu vorgeschlagenen **Nutzungen** (Hochschule für Gestaltung, Haus der Region, etc.) sowie deren Einbringung in den **laufenden Investorenwettbewerb** benötigen wir jetzt schon zusätzlich weitere 4 Monate. Die ursprüngliche Planung sah einen Vertragsabschluss mit dem erfolgreichen Investor Ende 2009 vor. Dies hätte eine **Baufertigstellung Ende 2013** ermöglicht. Insgesamt müssen jetzt schon sehr enge Zeitvorgaben von den Investoren eingehalten werden. Sollte die alternative Verkehrsführung zugrunde gelegt werden, müsste der Investorenwettbewerb europaweit neu ausgeschrieben werden). Dies bedeutet, dass die Fertigstellung der Gebäude nicht bis 2014 möglich ist. Auf mögliche rechtliche Folgen ist hingewiesen worden (Schadensersatzansprüche).

c) Straßenbau

Die derzeitige Terminplanung geht davon aus, dass die **neue Bahnhofstraße bis Ende 2011 fertig gestellt** und bis dahin auch der **Rückbau** des jetzigen Abschnitts der Lorcher Straße **abgeschlossen** ist.

Dieser Zeitplan ist sehr ehrgeizig, denn der **B 29 Tunnel** wird erst **Ende 2012 fertig gestellt** sein. Alle Anschlussstellen müssen deshalb -und dies teilweise gleichzeitig an mehreren Stellen- unter vollem Verkehr der B 29 gebaut werden. Mit Problemen und auch Verzögerungen im Bauablauf ist hierbei zu rechnen.

d) Verfahren (u.a. Bauleitplanung)

Eine gesicherte **Fertigstellung der Straßen bis Ende 2011** ist zu gewährleisten. Dies wird nicht ganz einfach, weil für die Maßnahmen **Förderanträge** gestellt werden müssen. Erst nach deren Bewilligung darf mit dem Bau begonnen werden. Allein die Vorbereitung der Antragsunterlagen und deren anschließende Bewilligung dauern bis zu 4 Monate.

Zwingend ist der **Entwurfsbeschluss des Bebauungsplanverfahrens für den Straßenbau bis Ende 2009**, als Grundlage für die Antragstellung.

Eine Unterführung des Geländes wäre wahrscheinlich bis 2011 technisch umsetzbar. Verfahrensrechtlich müsste hierfür jedoch ein **neuer Vorentwurfsbeschluss** gefasst werden, da sich der Gemeinderat ausdrücklich für die bisherige oberirdische Verkehrsführung um das Gartenschau Gelände und damit gegen eine Tunnelvariante ausgesprochen hat. Dies würde zu deutlichen Verzögerungen führen. So wäre beispielsweise eine erneute Abstimmung mit allen Verfahrensbeteiligten notwendig um einen neuen, abermals erforderlichen Vorentwurf beschließen zu können.



e) Bauablauf

**Bereits jetzt** schon kann, wenn wir zügig weiter arbeiten und die notwendigen Beschlüsse fassen, **frühestens im Sommer 2010 mit den ersten Arbeiten begonnen** werden. Verschiebt sich dieser Zeitplan, besteht das **Risiko einer Winterbaustelle** mit allen damit verbundenen Nachteilen, Mehrkosten und Unwägbarkeiten.

Sicher müssen die Pläne noch weiter entwickelt werden, eine Unter- oder Überführung zur Querung der Fußgänger vor dem Bahnhof ist ein Beispiel hierfür wie auch der Linksabbieger Taubental.

**Fazit:** Jetzt sollten Beschlüsse gefasst werden, die der Stadt und den Bürgern/-innen eine Aufbruchstimmung signalisieren. Aber letztlich auch Beschlüsse, die es der Verwaltung ermöglichen, überhaupt weiter zu arbeiten.

Um Zustimmung wird gebeten.